

# **Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.06.2003**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:05 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Helga Grix

ANWESENDE:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **CDU/FDP**

Ratsherr Ihno Groeneveld

Ratsherr Kurt Hannappel - bis 17.45 Uhr - - für Ratsherrn Werner Vollprecht –

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser - für Ratsherrn Holger Klaassen –

### **SPD**

Ratsfrau Lina Meyer

- für Ratsherrn Rico Mecklenburg –

Ratsfrau Elfriede Meyer

### **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Wilhelm Grix

Frau Regina Meinen

Frau Helga Kruse

- für Herrn Norbert Haarmeyer -

### **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

### **Beratende Mitglieder**

Frau Ursula Henrich - ab 17.15 Uhr –

Herr Abdou Quedraogo

Herr Walter Saathoff

Herr Tom Sprengelmeyer - ab 18.15 Uhr –

Frau Monika Weniger

Frau Elfriede Wilts

### **Von der Verwaltung**

Stadtrat Martin Lutz

Stadtangestellte Heidemarie Kohnen

Stadtangestellter Eckhard Kühl

Stadtangestellte Minette Wessels - als Protokollführerin –

### **Als Gäste**

2 Vertreter der Presse

3 Zuhörer und 2 Kinder

Studentinnen Carina Sibum und Alexandra Reiß von der FHOOW

## **Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.06.2003**

---

### **Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung, begrüßt die Presse sowie die anwesenden Zuhörer, Gäste und Ausschussmitglieder und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### **Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

### **Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.05.2003

Gegen die Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.05.2003 werden keine Einwände erhoben.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 13.05.2003 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

### **Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Frau Grix ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen. Es werden keine Beiträge angemeldet.

### **Punkt : 1** B E S C H L U S S V O R L A G E N

### **Punkt : 5** Vorlage 14-707 Anträge von Vereinen und Verbänden

Herr Saathoff erläutert, dass die Zuschüsse zu den einzelnen Maßnahmen nach den Richtlinien zur Förderung der Jugend errechnet worden seien. Haushaltsmittel hierfür stünden zur Verfügung. Er sprach die Empfehlung aus, diese Maßnahmen zu beschließen.

Frau Lina Meyer kommen die Beträge von 72,00 € und 96,00 € sehr gering vor.

Herr Kühl entgegnet, dass es sich hierbei um Maßnahmen von 2 – 3 Tagen handle und diese dann pro Tag und Teilnehmer mit 1.60 € berechnet worden seien.

Herr Renken weist auf das Protokoll der letzten Sitzung hin, worin zugesagt wurde, dass eine überschaubare Liste erstellt werden sollte, aus der hervorgeht, wie viele Gelder bereits von den vorhandenen Mitteln ausgegeben worden seien.

Herr Saathoff sagt zu, dass dies über das Protokoll nachgeholt werde und weist außerdem darauf hin, dass diese Ausgaben nicht unbedingt über die Haushaltsstelle 4510-7600 (Zuschüsse Kinder- und Jugendberufshilfe...) gedeckt sein müssen, sondern auch durch nicht verbrauchte Mittel aus anderen Haushaltsstellen des Budgetkreises ausgeglichen werden können. (Anlage 1)

## **Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.06.2003**

---

**Beschluss:** Nach Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit werden folgende Zuschüsse an Vereine und Verbände gezahlt:

**I. Fahrten und Lager**

- BDKJ, Deutsche Pfadfinder St. Georg, St. Michael, Emden  
Zeltlager, 70 TN  
€ 896,00
- BSV Kickers Emden  
Fahrt nach Schweden, 20 TN  
€ 224,00
- Gemeindejugendwerk Norddeutschland  
Zeltlager, 15 TN  
€ 72,00
- THW Jugend Emden  
Jugendlager, 9 TN  
€ 100,80
- CVJM Emden  
Zeltlager, 15 TN  
€ 96,00

**II. Internationale Begegnungen**

- CVJM Emden  
Urlaub vom verstrahlten Alltag, mit 12 Teilnehmern aus  
Weißrußland, 21 Tage  
€ 2.160,00

**Ergebnis:** Einstimmig

**Punkt : II** MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 6** Vorlage 14-604  
Bericht über das Kinder- und Jugendtelefon

Frau Grix bittet die Studentinnen der FHOOW, Carina Sibus und Alexandra Reiß um ihren Bericht.

Beide Studentinnen stellen sich vor und berichten, dass sie an dem Projekt Kinder- und Jugendtelefon sowie pädagogische Jugendsexualberatung mitarbeiten. Das Projekt wird von Herrn Professor Rüdiger Koch von der FHOOW geleitet. In Emden stehe ein Team von 19 MitarbeiterInnen zur Verfügung, die die Anrufe (Mo.-Fr. von 15 – 19 Uhr) und Beratungszeiten (vornehmlich in Schulen und der Pro Familia) begleiten würden. Die Telefonnummer sei hinlänglich bekannt und gebührenfrei, auch von einem Handy aus. Es werden einzelne Problemfragen angesprochen und zudem wird hier noch einmal ausdrücklich auf die Wahrung der Anonymität der Kinder- und Jugendlichen sowie auch der MitarbeiterInnen gegenüber den Anrufern hingewiesen. Außerdem sei die unbedingte Verschwiegenheit verpflichtend.

Die MitarbeiterInnen nehmen selber an Seminaren, Workshops und wöchentlichem Gesprächsaustausch teil, um diese Arbeit erfolgreich leisten zu können.

## **Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.06.2003**

---

Herr Dr. Beisser bedankt sich für den gut vorbereiteten Vortrag und ist erfreut darüber, dass die Anrufzeiten doch sehr jugendgerecht seien. Erschreckend sei für ihn allerdings, die sehr hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen, die solch eine Hilfestellung benötigen, da sie offensichtlich im häuslichen Umfeld nicht über diese Dinge mit den Eltern kommunizieren könnten. Er möchte wissen, wie hoch der Erfolg dieser Arbeit bei den MitarbeiterInnen selbst eingeschätzt werde. Außerdem interessiere ihn besonders, in welchem Alter erfahrungsgemäß eine Sexualberatung am meisten bringe.

Frau Sibum und Frau Reiß erwidern, dass der Erfolg ihrer Arbeit von ihnen sehr hoch eingeschätzt werde. Sexualberatung werde normalerweise in den 5. – 9. Klassen vorgenommen, wobei die 6. – 8. Klassen ihrer Erfahrung nach, durchschnittlich am meisten davon profitieren würden.

Herr Groeneveld möchte wissen, ob es von den Organisationen Pro Familia und der Drobs Rückmeldungen über Jugendliche gäbe, die sich auf Anraten dann auch an diese Einrichtungen gewandt hätten. Außerdem möchte er wissen, ob es möglich sei, dass man, wenn man z. B. aus Emden anrufe auch an einen Berater z.B. aus Bayern kommen könne.

Hierauf wird von den Studentinnen erklärt, dass die Telefone im Normalfall regional geschaltet seien. Es sei aber durchaus möglich, wenn sehr viele Anrufer in der Warteleitung hängen, man auch auf Berater aus anderen Bundesländern treffen könne. Dies sei von einem Anruf über ein Handy eher als über das Festnetz möglich. Eine Rückmeldung von anderen Organisationen bundesweit würde es allerdings nicht geben.

Herr Renken stellt fest, dass erheblich mehr Mädchen als Jungen diese Gespräche in Anspruch nehmen würden, da es offensichtlich doch den Mädchen leichter falle, über ihre Probleme zu sprechen und dies aber auch durch einige spezifische Beratungspunkte programmiert sei. Er stelle speziell an die Jugendförderung die Frage, woraus die angegebenen Kosten resultieren, da in der Broschüre von Ehrenamtlichkeit gesprochen werde.

Frau Meinen als Mitglied des Trägers der Maßnahme erläutert, dass man sehr froh und stolz sei, in Emden diese Beratung, die vor ca. 3 – 4 Jahren in Kooperation mit den angegebenen Trägern ins Leben gerufen wurde, zu haben. Dies sei auch nur durch den Standort Emden der FHOOW möglich. Eine Mitarbeiterin der Jugendförderung habe zu Anfang die Studentinnen in ihrer Arbeit pädagogisch betreut. Nach Ausscheiden dieser Mitarbeiterin war man auf die Hilfe einer entsprechenden Fachberatungsstelle angewiesen.

Herr Kühn fährt ergänzend fort, dass die bisher gezahlten jährlichen Honorare 1.500,00 € betragen haben. Jetzt liege ein Bezuschussungsantrag in Höhe von 3.000,00 € vor. Hierbei werde ausschließlich die professionelle Fachberatung für die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen gefördert.

Frau Meinen erläutert hierzu, dass man versucht sei, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten und nur die tatsächlich angefallenen Beträge abrechnen würde.

Herr Quedraogo stellt die Frage, ob die anrufenden Kinder immer mit der deutschen Sprache vertraut sind, oder ob es häufiger Verständigungsprobleme gäbe.

Dies wird von beiden Studentinnen verneint, da sie selber bisher noch keine Verständigungsprobleme gehabt hätten.

Herr Grix erklärt, dass die gezeigte Statistik belege, wie groß das Bedürfnis der Jugendlichen nach Aus- und Ansprache sei. Aus seiner Erfahrung wisse er, dass Mädchen viel eher mit ihren Problemen kommen als Jungen. Er halte zudem einen jährlichen Betrag von

## **Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.06.2003**

---

3.000,00 € für sehr moderat. Zudem wisse er, dass es Supervisionen gegen sexuelle Gewalt in Emden gäbe und man hier vielleicht eine Verknüpfung untereinander herstellen könne.

Herr Lutz ist über die hohe Zahl von 6 Millionen nicht durchgekommenen Anrufer bundesweit erstaunt. (Anmerkung der Protokollführerin: Diese Zahl stammt aus dem Jahr 2000. Durch weiteren Ausbau des Netzes hat sich diese Zahl im Jahr 2002 verringert. Genaue Zahlen liegen allerdings bisher nicht vor). In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob man auch bundesweite Mittel bzw. eine Förderung bei den umliegenden Städten und Landkreisen beantragt habe.

Frau Meinen erklärt, dass man sich aus Eigenmitteln und Bußgeldern finanziere und nimmt die Anregung von Herrn Lutz mit, wegen der Finanzierung auch bei den Landkreisen Leer und Aurich Anträge zu stellen, da ein Teil der AnruferInnen sicher auch aus diesen Gebieten komme.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich Frau Grix und ruft den nächsten Punkt auf.

**Punkt : 7**      Vorlage 14-602  
Vorstellung eines Konzeptes zur Sprachförderung in  
Kindertagesstätteneinrichtungen

Herr Kühl stellt sein Konzept zur Spracherziehung anhand von Folien und eines Wortbeitrages sehr ausführlich vor. Er betont, dass es darauf ankomme, möglichst frühzeitig und umfassend mit der Förderung der Kinder zu beginnen, wobei die Sprachförderung nur ein Aspekt des Bildungsauftrages des Kindergartens sei. Die jetzt vom Land eingeführten Sprachtests und Förderungen ein halbes Jahr vor der Einschulung stünden damit zwar in einem Zusammenhang, da die Kindertageseinrichtungen über die Schulen beteiligt werden sollen. Sie seien aber schulische Maßnahmen, die von bis dahin zu schulenden Lehrkräften umgesetzt werden. Bei den bisherigen Diskussionen sei aber der Wunsch und die Bereitschaft zur Kooperation zwischen Schule und Kindergarten deutlich geworden, sodass er davon ausgehe, dass zumindest zum Teil diese Fördermaßnahmen auch mit und in einigen Kindergärten umgesetzt werden. Seiner Auffassung komme es aber vor allem darauf an, in den Kindergärten die Voraussetzungen auch für eine intensivere Sprachförderung „von Anfang an“ zu verbessern und schlägt dazu verschiedene Maßnahmen für unterschiedliche Zielgruppen, wie Eltern, ErzieherInnen, Ausstattung etc. vor.

Auf die Zwischenfrage von Herrn Dr. Beisser, ob sich sein Vortrag ausschließlich auf Kinder mit Sprachstörungen beziehe oder auch auf Kinder, die Sprachverzögerungen oder -behinderungen haben, erwidert Herr Kühl, dass in den Befragungen und auch in den Maßnahmen alle diese Kinder gemeint seien. Bei den erwähnten schulischen Maßnahmen werden vor allem die Kenntnisse in der deutschen Sprache getestet und gefördert. Der Vortrag ist als Textfassung als Anlage 2 dem Protokoll beigelegt.

Hervorzuheben sei hier noch einmal, dass ca. 35.000,00 € benötigt werden, um genannte zusätzliche Maßnahmen anzuschieben.

Herrn Renken ist nicht ganz klar, wo hier die Grenze gezogen werden müsse, zwischen Kindern, die der Förderung bedürfen und denen die ohne eine Förderung auskommen. Angesichts der bevorstehenden schulischen Fördermaßnahmen sei es evtl. sinnvoll, das

Thema auf einer gemeinsamen Sitzung des Sozial-, Schul- und Jugendhilfeausschusses zu behandeln.

Herr Kühl erklärt, dass er hier nur über die Maßnahmen in den Kindertageseinrichtungen spreche, wobei aber sehr viele Kinder die Kindertageseinrichtungen besuchen würden, die

## **Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.06.2003**

---

auch in den schulischen Maßnahmen gefördert werden. Daher komme es ihm sehr auf eine gute Kooperation zwischen diesen beiden Bereichen an.

Herr Dr. Beisser merkt an, dass bei Kindern mit einem guten Musikempfinden diese Sprach- und Motorikstörungen seltener seien. Er halte 10.000,00 € für Portokosten für den Versand von Elternbriefen für sehr hochgegriffen. Ferner möchte er wissen, ob es nicht möglich sei, die Krankenkassen mit ins Boot zu holen als Ausgleich für nicht erforderliche Behandlungskosten.

Herr Kühl entgegnet, dass es sich nicht nur um Portokosten handele, sondern insbesondere um das Abonnement, Fertigstellung, Adressierung und Versand der Elternbriefe an alle Emdener Eltern mit Kindern von 0-8 Jahren. Ob die Krankenkassen hier mitziehen würden, könne er nicht sagen, er wisse aber von anderen Kommunen, dass für konkrete Förderangebote oder Fortbildungen durchaus Sponsoren, wie z.B. der Lions-Club, gefunden wurden.

### **Punkt : 8** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Sachstandsbericht „Soziale Stadt Barenburg“

Herr Sprengelmeyer verweist in diesem Punkt auf die nächste gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Stadtentwicklung, Gesundheit und Soziales und Jugendhilfe am 02.07.2003 um 17.00 Uhr in der Aula der Barenburgschule und erklärt, dass dieser Punkt dort ausführlich behandelt werde. Allerdings erläutert er, dass zu Beginn der vorbereitenden Untersuchungen im Jahr 1999 der Stadtteil noch fast 10.000 Einwohner hatte, deren Zahl nun auf ca. 7.800 geschrumpft sei. Auf diesem Hintergrund würde die Entwicklung der Barenburgschule nach Auflösung der OS im Stadtteil heftig diskutiert.

Ferner teilt Herr Sprengelmeyer mit, dass das Forum zur Beteiligung ersatzlos gestrichen werden müsse, da dies mit dem vorhandenen Personal nicht entsprechend vorzubereiten sei. Selbst die Jugendlichen, die an den Vorbereitungen teilgenommen haben, hätten dies so gesehen.

Es sei unbedingt erforderlich, mit den Jugendlichen verschiedenster Couleur direkten Kontakt aufzunehmen. Der Stadtjugendring und die Jugendförderung hätten dies versucht, aber es sei zeitlich und personell nicht zu schaffen gewesen.

Herr Renken möchte dies genauer analysiert haben, schließlich war dies ein Ratsbeschluss. Ferner weise er auf die Vorlage 14-520 hin, in der mitgeteilt wurde, dass Herr Ulfert Grotrian in seinem Werksvertrag dieses Aufgabenfeld mit übernehme. Zudem fragt er nach der weiteren Entwicklung des Spielplatzes Graf-Edzard-Straße. Auch hätte er gerne genauere Informationen, wie sich die Kürzung der Mittel durch das Niedersächsische Sozialministerium, auf Emden bezogen, auswirke.

Herr Sprengelmeyer erwidert, dass der Werksvertrag von Ulfert Grotrian nur die Organisation des Forums beinhalte. Herr Grotrian wäre nicht in der Lage gewesen, Forum und Ferienpass inhaltlich zu gestalten und entsprechende Kontakte zu Schülervertretungen, Vereinen, Verbänden, Kirchengemeinden und Jugendtreffs herzustellen. Und alleine durch einen Aufruf sei dies nicht machbar.

Zum Spielplatz an der Graf-Edzard-Straße könne er nur sagen, dass die Stadt Emden der Kirche ein Angebot zum Kauf des Geländes unterbreitet habe. Die Kirche habe ein Gegenangebot gemacht, wobei beide Summen erheblich voneinander abweichen würden.

## **Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.06.2003**

---

Zum Thema Kürzung der Mittel durch das Niedersächsische Sozialministerium könne er hier noch nichts Konkretes sagen, da die überwiegenden Kürzungen den Fachbereich 500 betreffen würden. Hierzu sei ein Seminar geplant.

### **Punkt : 9**      Anfragen

Da keine Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich Frau Grix bei allen Anwesenden für ihre Teilnahme und schließt die öffentliche Sitzung um 19.05 Uhr.